



Die Stadtverordnetenvorsteherin
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin: Frau Koba
E-mail: astrid.koba@wiesbaden.de

1. Den Damen und Herren
der Stadtverordnetenversammlung
2. Dem Magistrat

Wiesbaden, 20.03.2009

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
am Donnerstag, 26. März 2009, um 16:00 Uhr,
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 12.02.2009
2. Mitteilungen
3. Fragestunde
4. **09-F-25-0031**

Die Wirtschaftskrise bekämpfen - Wiesbadens Infrastruktur stärken
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und
FDP vom 17.03.2009 -

Vorbemerkung

Zur Stabilisierung der Wirtschaftskonjunktur hat die Bundesregierung den Pakt für Beschäftigung und Stabilität, das so genannte Konjunkturprogramm II, beschlossen. Im Rahmen dieses Investitionsprogramm sowie dem Sonderinvestitionsprogramm des Landes Hessen stehen der Landeshauptstadt Wiesbaden 25,929 Millionen Euro zur Verfügung.

Diese Mittel sind für Maßnahmen vorgesehen, für die bisher kein Geld zu Verfügung gestellt werden konnte und die demzufolge auch nicht in den aktuellen Doppelhaushalt 2008 / 2009 Landeshauptstadt aufgenommen wurden. Die Richtlinien des Bundes bzw. des Landes weisen für die kommunalen Investitionen u. a. die Bereiche Sportstätten, Verwaltungsgebäude, Straßenbau, Lärmschutz, Kultureinrichtungen sowie Kindertageseinrichtungen aus. Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt die dadurch entstehende Stärkung der Wiesbadener Infrastruktur und die Sicherung von Arbeitsplätzen in der Region.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten, es durch die Schaffung und Stärkung entsprechender Strukturen zu ermöglichen, dass die Infrastrukturprogramme konsequent umgesetzt werden können.
2. Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt den Magistrat dabei, die im Rahmen des Konjunkturprogramms II des Bundes sowie des hessischen Sonderinvestitionsprogramms für Wiesbaden vorgesehenen Mittel trotz des engen Zeitrahmens fristgerecht abzurufen, den finanziellen Eigenanteil der Stadt zu leisten und die Mittel effizient einzusetzen.
3. Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt, dass durch diese zusätzlichen Zuweisungen des Bundes bzw. des Landes und die dadurch ermöglichten einzelnen Maßnahmen die Landeshauptstadt erneut - und eingegliedert in andere Maßnahmen der Stadtentwicklung - einen weiteren Schritt hinzu einem noch lebenswerteren Wiesbaden machen wird.
4. Der Magistrat wird gebeten, deshalb die nachfolgend aufgeführten Projekte beim Bund und beim Land Hessen im Rahmen der beiden Konjunkturprogramme anzumelden:

Sportstätten

Fortführung Sanierung Kellerkopfhalle	1.850.000 €
Sporthalle Diltthey-Schule (energetische Sanierung)	1.650.000 €
Hallenbad Kostheim (Sanierung Beckenkopf)	950.000 €

Verwaltungsgebäude

Erweiterung Feuerwache1, Zentrale Leitfunkstelle	3.150.000 €
Umbau und Ausbau OV Auringen und energetische Ertüchtigung	600.000 €
Bauhandwerker Schulungszentrum * (oder Alte OV Kostheim)	1.000.000 €

* wenn gem. Finanzierung mit dem Land Hessen möglich

Straßenbau

Grundsanie rung Weidenbornstraße	600.000 €
Grundsanie rung Fichtestraße	2.500.000 €
Grundsanie rung Lahnstraße	2.500.000 €
Buswendeschleife Rambach, Niedernhausener Str. (Betonplattensanie rung)	150.000 €
Errichtung eines Deponielehrpfades (inkl. Besucherparkplatz)	200.000 €
Um- und Ausbau der Verkehrsführung im Eingangsbereich der Deponie	850.000 €

Lärmschutz

Lärmschutz Oberer Wingertsweg	450.000 €
Lärmschutz Delkenheim	350.000 €

Kultureinrichtungen

Kunsthhaus - Abriss Werkstattgebäude und Neubau (inkl. Behindertenaufzug)	2.300.000 €
Kunsthhaus -Energetische Sanierung Hauptgebäude	160.000 €
Sanierung Stadtarchiv / Artothek	1.000.000 €
Barrierefreier Zugang Villa Schnitzler	500.000 €
Caligari - Umbau Kassenhäuschen	100.000 €
Villa Clementine / Sanierung Einfriedung	80.000 €
Warmer Damm - Sanierung Toilette	200.000 €
Parkanlagen Sanierung Treppen, Wege, Teiche	610.000 €

Kindertagesstätten

Neubau Walldorf-Kita	1.000.000 €
Kindertagesstätten (Festlegung durch den Sozialausschuss)	2.550.000 €

Sonstige Einrichtungen

Altenwohnanlage Schiersteiner Str. / Sanierung	600.000 €
--	-----------

Gesamt	25.929.000 €
--------	--------------

5. Sollten sich im Zuge der Ausführung einzelne beschlossene Projekte aus bisher nicht absehbaren Gründen nicht realisieren lassen, wird der Magistrat ermächtigt, alternative Projekte anzumelden.

5. 09-F-01-0034

Wiederaufbau Martin-Niemöller-Schule
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 16.03.2009 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert,

- mit allem Nachdruck darauf hinzuwirken, dass der im Frühjahr 2008 auf der Grundlage des Versicherungsgutachtens erstellte Kosten- und Zeitplan für den Wiederaufbau der Martin-Niemöller-Schule eingehalten wird bzw. - da offensichtlich bereits jetzt erhebliche Differenzen absehbar sind - für ein striktes Controlling aller weiteren Schritte zu sorgen;
- dafür Sorge zu tragen, dass die Schülerinnen und Schüler der Martin-Niemöller-Schule, die derzeit provisorisch im Rotaprint-Gebäude untergebracht sind, spätestens zum Ende der Winterferien 2010/2011 wieder in einen sanierten oder neu errichteten Schulbau zurückziehen können, und der Stadtverordnetenversammlung über die Maßnahmen, die dafür ergriffen wurden, bis zur Sitzung am 14. Mai 2009 zu berichten;
- im Detail darzulegen, wie die im Ausschuss für Schule und Kultur am 12.03.09 von den beiden zuständigen Dezernentinnen eingeräumten Kostensteigerungen von ca. 3,7 Mio. auf bis zu 18 Mio. € zu erklären sind;
- der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen, welche über die Wiederherstellung des Schulgebäudes hinausgehenden Maßnahmen geplant sind und welche Kosten hierfür auf die Stadt zukommen.
- sicherzustellen, dass alle Mehrkosten, die auf Auflagen der Genehmigungsbehörden zurückzuführen sind, auch tatsächlich durch die Versicherungsleistungen abgedeckt werden, wie dies in Sitzungsvorlage 08-V-08-0009 benannt ist und am 28. August 2008 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen wurde (Beschluss Nr. 0423);

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Revisionsausschuss den gesamten Vorgang eingehend zu untersuchen, den weiteren Fortgang der Maßnahme zu begleiten und der Stadtverordnetenversammlung hierüber Bericht zu erstatten.

6. 09-F-25-0030

Islamunterricht an Wiesbadener Schulen

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 17.03.2009 -

In Hessen gibt es Bestrebungen, es zu ermöglichen, Islamunterricht von in Deutschland ausgebildeten Religionslehrerinnen und Religionslehrern an den Schulen anzubieten. In der Integrationsvereinbarung (§ 7, Absatz 13) begrüßt die Stadt Wiesbaden islamische religiöse Unterweisungen für muslimische Schülerinnen und Schüler an deutschen Schulen in deutscher Sprache.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt das Vorhaben der Landesregierung in Hessen islamischen Religionsunterricht von in Deutschland ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern in deutscher Sprache einzuführen. Dabei wird das Anliegen unterstützt, hierfür eine Ansprechpartnerin oder einen Ansprechpartner auf muslimischer Seite zu finden.

Der Magistrat wird gebeten,

- sich bei der Landesregierung über die Voraussetzungen zur Teilnahme an einem Modellprojekt zur „Einführung islamischen Religionsunterrichts“ zu informieren und die städtischen Gremien zeitnah darüber zu unterrichten.
- Zeitgleich zu prüfen, welche Möglichkeiten die Stadt Wiesbaden als Schulträger hat, um ein solches Modellprojekt zu unterstützen, z.B. durch Entwicklung von Raumprogrammen oder Samstagsunterricht.

7. 09-F-25-0029

"Baugenehmigung Online"

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 09.03.2009 -

Der Kreis Osnabrück ist eine der ersten Kommunen, die über eine Plattform das gesamte Baugenehmigungsverfahren weitgehend elektronisch abwickeln. Nicht nur die Antragsstellung, sondern auch alle weiteren Beteiligungs- und Bearbeitungsverfahren im Baugenehmigungsverfahren werden elektronisch erledigt. Das virtuelle Bauamt kann jede Person oder Institution, ohne zusätzliche Software, benutzen. Die für ein Bauvorhaben relevanten Daten und Dokumente, wie etwa Antragsunterlagen, Pläne oder sonstiger Schriftverkehr werden vom Antragssteller oder dem Entwurfsverfasser in digitaler Form dem Amt zur Verfügung gestellt. Die Online-Abwicklung ermöglicht der Kommune eine Optimierung von Geschäftsprozessen Einsparungen bei Druckkosten und Portogebühren, und bietet den Bürgern ein schnelles und transparentes Verfahren.

Das beschriebene Baugenehmigungsverfahren ist im Masterplan - e-Government der Stadt Wiesbaden als zweites Pilotprojekt (nach Amt 51) vorgesehen. In dem laufenden Projekt "Rathaus Online" ist es ebenfalls vertreten. Das Bauaufsichtsamt Wiesbaden nutzt die gleiche Software von ProSoz Herten wie der Kreis Osnabrück. Mit ProSoz Herten und deren Kooperationspartnern für das e-Government wird daran intern gearbeitet die Einführung vorzubereiten. Die technischen Rahmenbedingungen sind definiert - derzeit werden Preise für die technischen Voraussetzungen eingeholt.

Der Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zur Vereinfachung von Bauvorhaben und nachhaltigen Unterstützung der Baubranche das digitale Baugenehmigungsverfahren schnellst möglich umzusetzen und dem Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr einen Zeit- und Kostenplan vorzulegen.

8. 09-F-04-0002

Auflösung und Neubildung von Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Die Republikaner vom 17.03.2009

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,

1. Folgende Ausschüsse werden aufgelöst:

Ältestenausschuss, Ausschuss für Schule und Kultur, Ausschuss für Freizeit und Sport, Ausschuss für Frauenangelegenheiten, Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr, Ausschuss für Soziales, Gesundheitsausschuss, Revisionsausschuss, Ausschuss für Umwelt und Sauberkeit, Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständnis und Integration, Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung.

2. Folgende Ausschüsse werden mit jeweils 15 Stadtverordneten neu gebildet, Ältestenausschuss, Ausschuss für Schule und Kultur, Ausschuss für Freizeit und Sport, Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr, Ausschuss für Soziales, Gesundheitsausschuss, Revisionsausschuss, Ausschuss für Umwelt und Sauberkeit, Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung.

3. Die Ausschüsse werden im Wege der Wahl gebildet.

9. 09-F-06-0005

Schulmittelfonds ausweiten!
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 04.02.2009 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Zum kommenden Schuljahr werden nicht nur die Erst- und Fünftklässler/innen mit einer Zuwendung für Schulmittel bedacht, sondern die bedürftigen Schülerinnen und Schüler aller Klassen.

Die Zuwendung wird auf mindestens 50 Euro pro Schüler/in erhöht.
Entsprechende Mittel sind für den Haushalt 2010/2011 einzuplanen.

10. 09-F-07-0010

Ortskerne Wiesbadener Vororte

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 05.03.2009 -

Die Zahl der Läden und Dienstleistungseinrichtungen in den alten Ortskernen Wiesbadener Vororte nimmt ab. Dadurch wird das Leben besonders der älteren Bürgerinnen und Bürger, die hier wohnen und wenig mobil sind, erschwert. Beispiel Auringen: Durch die Eröffnung eines neuen Laden- und Dienstleistungszentrums am Ortsrand droht eine weitere Reduzierung des Angebots im Kern des Ortes. So soll der noch verbliebene Servicepunkt der Wiesbadener Volksbank geschlossen werden. Eine Initiative von Geschäftsleuten und Anwohnern hat mehrere hundert Unterschriften gegen diese Schließung gesammelt. Im Laufe der Jahre hat sich die Zahl der Läden auf zwei verringert, auch die Zahl der Briefkästen ist reduziert worden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten darzulegen:

1. ob es Überlegungen gibt, wie der Verödung von Ortskernen entgegengetreten werden kann;
2. ob der Magistrat, im besonderen Fall von Auringen, bereit ist mit den Zuständigen in der Wiesbadener Volksbank ein Gespräch zu führen zum Zwecke der Erhaltung des Servicepunkts in der Ortsmitte.

11. 09-F-25-0027

Realisierung einer Tiefgarage im Europaviertel

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 10.03.2009 -

Der Bebauungsplan für das Europaviertel sah von Anfang an den Bau einer öffentlichen Tiefgarage unter einer Platzfläche vor, die von den beiden Gebäuden der Volkshochschule, vom 3. Polizeirevier sowie von der ehemaligen Einwohnermeldestelle umrandet wird.

Im Zuge des vor einigen Jahren wegen der nicht zu realisierenden Grünanlagen am BKA geänderten Erschließungsvertrages zwischen der Stadt Wiesbaden und der Stadtentwicklungsgesellschaft (SEG) wurden 2,3 Mio. € an die Stadt Wiesbaden gezahlt, die gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung als zweckgebundene Einnahmen für die Herstellung von öffentlichen Tiefgaragenplätzen - bevorzugt im Bereich Europaviertel - einzusetzen sind. Entsprechend sind diese Mittel in der Eröffnungsbilanz der Stadt Wiesbaden als Rücklage für diesen Zweck dargestellt.

Mit der seit Herbst 2008 rechtskräftigen Änderung des Bebauungsplanes für das Europaviertel sind auch die formalen Voraussetzungen für die Inanspruchnahme dieser Mittel zum Zwecke des Tiefgaragenbaus erfüllt.

Vor diesem Hintergrund möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- schnellstmöglich ein Umsetzungskonzept zur Realisierung der geplanten Tiefgarage zu entwickeln und dem Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr zeitnah vorzustellen,
- anhand einer aktuellen Baukostenschätzung und Wirtschaftlichkeitsbetrachtung abzuschätzen, welche zusätzlichen Mittel aufgebracht werden müssten, um die Tiefgarage an diesem Standort realisieren zu können,
- die Möglichkeiten der Finanzierung durch zweckgebundene Mittel, private Investitionen oder Zuschüsse aus dem Garagenfonds aufzuzeigen sowie
- einen Zeitplan zur Umsetzung des Vorhabens vorzulegen.

12. 09-F-25-0028

Ausbildungsreife fördern - Ausbildungsplätze erhalten!

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 17.03.2009 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. die notwendigen Finanzmittel zum Haushalt 2010/2011 anzumelden, um seine Projekte und Maßnahmen, die der Ausbildungsförderung dienen, fortzusetzen, insbesondere:
 - a) Lernwerkstätten für Hauptschülerinnen und Hauptschüler bzw. an der Wolfram von Eschenbach-Schule, an der Erich-Kästner-Schule, an der Adalbert-Stifter-Schule und an der Albrecht-Dürer-Realschule;
 - b) Ausbildung von Jugendlichen mit Handicaps mit Beteiligung der Agentur für Arbeit;
 - c) Informationsstelle für Jugendliche bzw. Schülerinnen und Schüler im Übergang zum Beruf;
 - d) Perspektiven für Hauptschülerinnen und Hauptschüler in Kooperation mit Unternehmen;
 - e) Finanzierung des dritten Umschuljahres zum/r Medizinisch-Technischen Assistent/in in der Lobe-Schule;
 - f) Ausbildungspakt 5+3;
 - g) Ausbildungskonferenzen;
2. nach Möglichkeit im selben Umfang und in derselben Vielfalt über den eigenen Bedarf hinaus in der Stadtverwaltung und den Eigenbetrieben auszubilden;
3. über den Sachstand der Umsetzung des Programms der Hessischen Landesregierung „Qualitätsstandards zur Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit bei der Schaffung und Besetzung von Ausbildungsplätzen in Hessen (OloV)“ in Wiesbaden zu berichten;
4. zu berichten, welche organisatorische und notfalls auch finanzielle Unterstützung seitens der Stadt erforderlich ist, damit in Wiesbaden die flächendeckende Kompetenzfeststellung der beruflichen Eignung von Schulabgängerinnen und Schulabgängern gesichert werden kann;
5. zu berichten, ob und inwiefern frühzeitig Rückschlüsse aus dem Schülerprofil der Kompetenzfeststellung auf den Förderbedarf der Schülerinnen und Schüler gezogen werden und wie diese individuell durch geeignete Maßnahmen gefördert werden können.

13. 09-F-01-0033

Zukunft der Stadtbibliotheken Wiesbaden
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 17.03.2009 -

Mit Beschluss Nr. 0468 vom 15. November 2007 hat die Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis genommen, dass die aktuellen Räumlichkeiten der Zentralbibliothek in der Neugasse in verfügbarer Fläche und Gebäudezustand nicht mehr ausreichend sind. Da der Mietvertrag im Weinandhaus Ende 2010 ausläuft, wurde eine Projektgruppe beauftragt Standortoptionen zu prüfen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, einen Bericht zum Sachstand zu geben, in dem insbesondere folgende Aspekte zu berücksichtigen sind:

Gegenüberstellung der Optionen:

- Erweiterung der Bibliotheksfläche bei Fortführung des Mietvertrages im Weinandhaus
- Anmietung einer geeigneten alternativen Immobilie im Stadtzentrum
- ein den Erfordernissen einer modernen großstädtischen Bibliothek entsprechender Neubau, ggf. unter Einbeziehung anderer Kultureinrichtungen der Stadt (wie z.B. des Medienzentrums)

Ferner:

- Möglichkeiten einer weitergehenden Kooperation zwischen Stadt- und Landesbibliothek
- Vorschläge zur zeitgemäßen Ausstattung im Bereich der technischen Infrastruktur und
- Darstellung der Kosten der genannten Optionen bzw. Alternativen auch im Vergleich zur derzeitigen Kostensituation

14. 09-F-01-0035

Wiesbaden als Teil einer Region der Zukunft / Eine IBA für Rhein-Main
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 18.03.2009 -

Eine Internationale Bauausstellung (IBA) 2018 könnte der Rhein-Main-Region positiven Schwung geben, sich stärker als Region zu definieren und zu agieren.

Eine IBA bietet dem Rhein-Main-Gebiet die Chance, in größerem Rahmen über die maßgeblichen Problemfelder einer Metropolregion zu diskutieren und zukunftsweisende Projekte zur Lösung solcher Probleme zu erarbeiten. Dabei lässt sich exemplarisch ein Beitrag zur Bewältigung von Zukunftsaufgaben erarbeiten und gleichzeitig die Metropolregion Rhein-Main im wirtschaftlichen Wettbewerb mit anderen Regionen voranbringen. Die Leitidee „Internationalität“ könnte in den Handlungsfeldern Wohnen, Landschaft und Siedlung, Wissen und Bildung, Kultur und Mobilität wichtige Perspektiven aufzeigen, wie wir künftig zusammenleben möchten.

Mittlerweile hat die Lenkungsgruppe des Hessischen Landtages den (Ober)Bürgermeistern der Region das Konzept vorgestellt und inzwischen hat sich auch die Hessische Landesregierung bereit erklärt, das Projekt „konstruktiv zu begleiten“. Sowohl innerhalb des Hessischen Landtages als auch bei vielen Entscheidungsträgern in der Region wächst die Akzeptanz für eine Internationale Bauausstellung im Rhein-Main-Gebiet.

Vor diesem Hintergrund möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden spricht sich für eine Internationale Bauausstellung (IBA) in der Rhein-Main-Region für das Jahr 2018 aus und bittet den Magistrat, eine grundsätzliche Sitzungsvorlage auszuarbeiten, in der die Teilnahme Wiesbadens an dem Projekt vorbereitet wird.
2. Die Stadtverordnetenversammlung befürwortet eine Einbeziehung der Landeshauptstadt Mainz - falls von dieser gewünscht - in das Konzept der IBA Rhein-Main.
3. Die Stadtverordneten, Stadträte und die Parlamentarier aus Wiesbaden werden gebeten, sich in allen zuständigen Gremien und Parlamenten für das IBA-Projekt einzusetzen.
4. Der Magistrat wird gebeten, in der zu erarbeitenden Vorlage die Einrichtung einer Projektgruppe beim Oberbürgermeister zu prüfen, die - ähnlich der Stabsstelle Weltkulturerbe - personell und strukturell in der Lage ist, die Landeshauptstadt Wiesbaden im Prozess zur Entwicklung und Umsetzung eines Konzepts für die IBA zu vertreten.

15. 09-F-06-0013

Beitritt zum "Bündnis für eine kohlekraftwerksfreie Region Mainz Wiesbaden e.V."
Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 18.03.2009 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,

Die Landeshauptstadt Wiesbaden tritt dem "Bündnis für eine kohlekraftwerksfreie Region Mainz Wiesbaden e.V." gegen das geplante Kohlekraftwerk auf der Ingelheimer Aue bei und beteiligt sich ungeachtet einer eigenen Klage mit einem Beitrag von 5.000 Euro an dem Bündnis.

Für den Inhalt der Anträge einschließlich der Rechtschreibung zeichnen sich die
Antrag stellenden Fraktionen verantwortlich.

Tagesordnung II

1. 08-F-25-0080

DL 07/09-1

Spiel(t)räume in der Wiesbadener Innenstadt
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und FDP vom 04.06.2008 -

ANLAGE

2. **08-V-40-0050** **DL 10/09-2, 08/09-2**
Gerhart-Hauptmann-Schule - Entwicklung Außenanlagen
3. **08-V-51-0070** **DL 10/09-3, 08/09-4**
Beitragsfreier Halbtagsplatz im vorletzten Kindergartenjahr; Regelung für Kinder in der Eingangsstufe
4. **08-V-61-0050** **DL 08/09-8**
Kloppenheim Neugestaltung Kirchenplatz
5. **08-V-64-0006** **DL 07/09-6**
Montage einer Photovoltaik-Anlage auf dem Dach der Turnhalle der Krautgartenschule
6. **08-V-66-0244** **DL 08/09-10**
Fußgängersicherung Kastellstraße, Wiesbaden-Mitte
ANLAGE
7. **08-V-66-0247** **DL 11/09-3**
Erweiterung der Tempo-30-Zone in Wiesbaden-Delkenheim; Bereich: Freiburger Straße (tw.), Gotenstr., Römerstr., Alemannenstr., Angelsachsenstr., Germanenstr., Langobardenstr. und Rosenheimer Straße
8. **08-V-66-0255** **DL 07/09-7**
Brunhildenstraße - Ergänzung der Tempo-30-Zone
9. **08-V-66-0328** **DL 08/09-11**
Josef-von-Lauff-Straße, Grundinstandsetzung der Brücke über den Rambach

- | | | |
|------------|---|-----------------------------|
| 10. | 09-V-01-0001 | DL 03/09-1 |
| | Jahresbericht des Seniorenbeirates 2008 | |
| 11. | 09-V-08-0001 | DL 07/09-8 |
| | Erweiterung des Beruflichen Gymnasiums um die Fachrichtung "Gesundheit und Soziales, Schwerpunkt Gesundheit" als Schulversuch | |
| 12. | 09-V-20-0011 | DL 07/09-10 |
| | Bericht über die Eigenbetriebe und Mehrheitsbeteiligungen der Landeshauptstadt Wiesbaden 2007 | |
| 13. | 09-V-20-0012 | DL 08/09-13 |
| | Investitionscontrolling 4. Quartal 2008 | |
| 14. | 09-V-20-0017 | DL 07/09-11 |
| | Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 31.12.2008 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben | |
| 15. | 09-V-33-0002 | DL 10/09-5, 08/09-17 |
| | Integrationskonferenz 2009 | |
| 16. | 09-V-36-0007 | DL 08/09-18 |
| | Förderprogramm Klimaschutzmaßnahmen für private Träger öffentlicher Belange | |
| 17. | 09-V-52-0002 | DL 07/09-15 |
| | Sanierung des Kunstrasenplatzes Zehntenhof in Wiesbaden-Schierstein | |
| 18. | 09-V-52-0003 | DL 08/09-20 |
| | Zusatzmaßnahmen Kellerskopfhalle | |

19. **09-V-64-0002** **DL 11/09-6, 07/09-16**

Bereitstellung von zusätzlichem Personal im Hochbauamt zur Abwicklung und Durchführung des Hessischen Sonderinvestitionsprogrammes

20. **09-V-66-0300** **DL 08/09-23**

Mittelfreigabe für das Frostschadenprogramm in AKK 2009

21. **09-V-66-0302** **DL 11/09-7**

Bernhard-May-Straße in Wiesbaden-Biebrich über die Bahn - Grundinstandsetzung

22. **09-V-66-0329** **DL 10/09-8, 08/09-24**

Marktplatz - Infrastrukturmaßnahmen

Tagesordnung III

1. **08-V-40-0044** **DL 10/09-1, 08/09-1**

Grundschule Künstlerviertel und Kindertagesstätte; Grundsatz- und Ausführungsvorlage

2. **08-V-40-0058** **DL 08/09-3**

Kerschensteinerschule - Ausweitung der Maßnahmen; Genehmigung der Kosten und Mehrkosten Neubau -

3. **08-V-51-0060** **DL 07/09-2**

Standorte Soziale Dienste NORD und WEST

4. **08-V-51-0072** **DL 10/09-4, 08/09-5**

Gestaltungsmaßnahme im öffentlichen Raum, Sanierungsgebiet "An der Bergkirche"; Grundinstandsetzung Straße Römerberg

5. **08-V-51-0084** **DL 11/09-1, 07/09-3**
Grundstücksankauf für den geplanten Neubau eines Kleinkinderhauses in Kostheim, St. Veiter Platz, für 4 Krippengruppen
6. **08-V-61-0013** **DL 08/09-6**
Städtebauliches Entwicklungskonzept Komponistenviertel im Ortsbezirk Wiesbaden Nordost;
- Beschluss -
7. **08-V-61-0014** **DL 08/09-7**
Beschluss über die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfs „Komponistenviertel“ im Ortsbezirk Nordost;
Beschluss über die Teilaufhebung und Aufhebung von Fluchtlinienplänen, Bebauungsplänen nach dem Hessischen Aufbaugesetz (HAG) und Bebauungsplänen im Geltungsbereich des Bebauungsplanentwurfs „Komponistenviertel“ sowie deren öffentliche Auslegung
8. **08-V-61-0052** **DL 08/09-9**
Verlängerung der Geltungsdauer der Veränderungssperre im Geltungsbereich des Bebauungsplangebietes "Komponistenviertel" im Ortsbezirk Nordost - Satzungsbeschluss -
9. **08-V-61-0036** **DL 11/09-2, 09/09-1**
Beschluss über die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfes „Platz der Deutschen Einheit“ im Ortsbezirk Westend/Bleichstraße
Beschluss über die Aufhebung der Fluchtlinienpläne Wiesbaden 1913/5 und 1928/8 und Beschluss der Offenlage
Beschluss über die Aufhebung des Bebauungsplanes Wiesbaden 1974/2 und Beschluss der Offenlage
10. **08-V-61-0049** **DL 07/09-4**
Bebauungsplan "Südlich der Mauritiusstraße" im Ortsbezirk Mitte - Satzungsbeschluss
Aufhebung des Bebauungsplanes Wiesbaden 1980/1 - Satzungsbeschluss
11. **08-V-63-0008** **DL 07/09-5**
Neubau einer Mehrzweckhalle in Wiesbaden, Texasstraße 30

- 12. 09-V-10-0011** **DL 11/09-4**
Sondervorstellung "Don Giovanni" anl. Internistenkongress 2009 im Hess. Staatstheater
ANLAGE
- 13. 09-V-20-0006** **DL 07/09-9**
Übertragung von Budget vom Ergebnishaushalt in den Investitionshaushalt
- 14. 09-V-20-0018** **DL 11/09-5**
Eckdaten für die Haushaltsplanaufstellung 2010-2011
ANLAGE
- 15. 09-V-20-0019** **DL 07/09-12**
Verwaltungskostenbeitrag AKK (Rechnungsjahr 2008)
- 16. 09-V-30-0001** **DL 07/09-13**
Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Mainz-Kostheim
- 17. 09-V-30-0002** **DL 08/09-14**
Vorschlag für die Wahl einer Schiedsperson für den Schiedsamsbezirk Wiesbaden-Klarenthal.
- 18. 09-V-30-0003** **DL 08/09-15**
Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden-Schierstein
- 19. 09-V-30-0004** **DL 08/09-16**
Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsvorsitzenden für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden-Dotzheim

20. **09-V-40-0004** **DL 07/09-14**
Hessisches Sonderinvestitionsprogramm "Schule- und Hochschulbau"
21. **09-V-41-0005** **DL 10/09-6, 08/09-19**
Künstlerinnenstipendium der Landeshauptstadt Wiesbaden
22. **09-V-53-0129** **DL 10/09-7, 08/09-22**
Neuwahl einer Patientenfürsprecherin
23. **09-V-80-6001** **DL 07/09-17**
Dienstanweisung für die Vergabe von Lieferungen und Leistungen (DLV); Anhebung der Schwellenwerte für Vergaben im Rahmen der Sonderinvestitionsprogramme
24. **09-V-80-8004** **DL 07/09-18**
Teilnahme an der Expo Real 2009 in München

Tagesordnung IV

1. **08-V-20-0072** **DL 53/08-1 NÖ**
Berichterstattung der städtischen Beteiligungsunternehmen für das 3. Quartal 2008
ANLAGE
2. **08-V-61-0051** **DL 07/09-1 NÖ**
Liegenschaftsanforderung

- | | | |
|----|--|----------------------|
| 3. | 09-V-20-0007 | DL 07/09-2 NÖ |
| | Zinsrisikomanagement | |
| 4. | 09-V-20-0013 | DL 07/09-3 NÖ |
| | Bürgschaft | |
| 5. | 09-V-36-0002 | DL 07/09-4 NÖ |
| | Niederschrift nicht öffentliche Sitzung Naturschutzbeirat vom 18.12.2008 | |
| 6. | 09-V-80-2305 | DL 11/09-2 NÖ |
| | Erweiterungsflächen | |

Zu dem nachfolgenden Punkt findet vor der Stadtverordnetenversammlung eine Sondersitzung des Gesundheitsausschusses statt:

- | | | |
|----|-----------------------------|----------------------|
| 7. | 09-V-20-0023 | DL 11/09-1 NÖ |
| | Personalüberleitungsvertrag | |

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt die Stadtverordnetenversammlung nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin